

1 DIE LINKE. Berlin  
2 7. Landesparteitag, 1. Tagung  
3 15./16. Dezember 2018

4

5 **Antrag A18**

6 **Antragsteller\*innen:** Bezirksverband Neukölln

7 **Sofortiger Ausstieg aus dem Braunkohleabbau und der**  
8 **Braunkohleverstromung. Vollständiger Ausstieg aus der**  
9 **Kohleverstromung in wenigen Jahren. Aktive Teilnahme und Mobilisierung**  
10 **zukünftiger Klimademos und Aktionen durch DIE LINKE.Berlin**

11 Der Landesparteitag möge beschließen:

12 DIE LINKE. Berlin begrüßt, dass der erstarkte Widerstand gegen Braunkohle mit  
13 Massenmobilisierungen am Hambacher Wald den Druck auf Wirtschaft und Politik soweit erhöht hat,  
14 dass ein schneller Ausstieg aus der Kohle in greifbarer Nähe gerückt ist.

15 Zum Erfolg dieser Proteste trugen sowohl LINKE Strukturen bundesweit, vor allem jedoch die  
16 Strukturen in NRW bei. DIE LINKE. Berlin übernimmt in diesem Sinne Verantwortung, künftig  
17 stattfindende Demonstrationen/Aktionen in Berlin und Umgebung durch eine starke Mobilisierung  
18 und aktive Teilnahme zum Erfolg zu verhelfen.

19 Ebenso setzt sich DIE LINKE.Berlin dafür ein, dass die Forderungen der Bundespartei an die aktuellen  
20 Entwicklungen und Forderungen der Klimabewegung nach einem schnelleren Kohleausstieg angepasst  
21 werden.

22 DIE LINKE fordert den sofortigen Beginn der Beendigung des Braunkohleabbaus und der  
23 Braunkohleverstromung sowie die Schaffung von sinnvollen Ersatzarbeitsplätzen. Bis zur Schaffung  
24 von Ersatzarbeitsplätzen wird allen Beschäftigten der volle Lohn weiter ausgezahlt. Ausstieg und  
25 Ersatzarbeitsplätze werden von den Profiten von RWE, Vattenfall und den anderen Energiekonzernen  
26 finanziert.

27 Auch Steinkohlekraftwerke sind klimaschädlich und müssen innerhalb von wenigen Jahren durch  
28 regenerative Energien ersetzt werden.

29 Begründung:

30 1. Position der Linken ist bisher der schrittweise Kohleausstieg. „Spätestens 2035 muss der  
31 letzte Kohlemeiler vom Netz gehen“. Angesichts des Klimawandels, der extrem  
32 klimaschädlichen Wirkung der Braunkohleverbrennung, der weiter drohenden Zerstörung des  
33 Hambacher Forstes und Landschaften und Natur in NRW und Ostdeutschland, ist diese  
34 Position nicht mehr aufrechtzuerhalten. Hinzu kommt, dass die Demonstration am 6.10.2018  
35 und die Aktionen von Ende Gelände Ende Oktober sowie die geplanten Großdemonstrationen  
36 am 1.12.2018 in Köln und in Berlin die Chance bieten, den öffentlichen Druck für den  
37 Kohleausstieg aufzubauen. DIE LINKE muss diesen öffentlichen Druck erhöhen, indem sie  
38 aktiver Teil der Proteste ist und gleichzeitig die Forderung von „Ende Gelände“ nach einem  
39 sofortigen Ausstieg aus der Braunkohle unterstützt.

40 2. Es gibt genug Strom um auf die Verstromung von Braunkohle zu verzichten. Deutschland  
41 exportiert sogar Strom. Das Argument, Strom aus Wind und Sonne sei unzuverlässig greift  
42 nicht. Die Technologien, um Strom zu speichern, sind vorhanden. Sie werden aber von den  
43 Energiekonzernen und der Bundesregierung mit allen Mitteln blockiert. Sie wollen aus reinem  
44 Profitinteresse ihre Politik der Großkraftwerke und mindestens 40 Milliarden teuren

45           Stromautobahnen gnadenlos durchsetzen. Dafür nehmen Sie bewusst in Kauf, dass das Klima  
46           weiter zerstört und damit die Lebensgrundlage der gesamten Menschheit bedroht wird.